

Jens Koy
Wehrhausweg 33
53227 Bonn

Redebeitrag Koy auf der Hauptversammlung der RWE AG am 27.04.2017

RWE-Repression gegen KlimaaktivistInnen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie bitten, den Vorstand der RWE nicht zu entlasten, da er Repression gegenüber Klimaaktivistinnen und -aktivisten ausübt. Ich bin einer dieser Aktivisten.

Aus meiner Sicht ist es für mich als Bürger und Vater von drei Kindern Pflicht, ein deutliches Zeichen des zivilen Ungehorsams gegen einen der größten CO₂-Emitenten Europas zu setzen. RWE mit Unterstützung der NRW-Landesregierung trägt aus kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Interessen – wissenschaftlich nachweisbar – massiv zum Klimawandel weltweit bei. Damit wird zunehmend Menschen der Lebensraum genommen. Konsequenzen sind: Mehr Menschen sterben an Unter- oder Fehlernährung, andere müssen fliehen und es kommt zu starken Destabilisierungen von Gesellschaften, die Bürgerkriege verlängern oder erzeugen. Durch meine Tätigkeit als Berater in der Entwicklungszusammenarbeit kann ich diese abstrakt formulierten Fakten oft in Realität sehen.

Seit ca. 5 Jahren geht RWE mit großer Härte zivil- und strafrechtlich gegen Braunkohle-GegnerInnen vor, z.B. gegen Menschen, die u.a. in Aktionen des zivilen Ungehorsams im Rheinischen Braunkohlerevier auf die enormen klimaschädlichen CO₂-Emissionen durch die Kohleverstromung hinweisen. Etwa 100 Personen, die sich an Protestaktionen wie „Ende Gelände“ beteiligten, wurden im Auftrag

von RWE von der Großkanzlei Redeker, Sellner, Dahs aus Bonn aufgefordert, eine Unterlassungserklärung zu unterschreiben. Dabei handelt es sich um ein rechtsverbindliches Versprechen an RWE, in Zukunft jeglichen Protest auf deren Betriebsgelände zu unterlassen. Viele Bürgerinnen und Bürger weigerten sich, die Erklärung zu unterzeichnen. Die ersten werden nun von RWE verklagt, auch den anderen droht ein Zivilprozess. Die Kosten der Gerichtsverfahren belaufen sich auf 3.000 bis 10.000 Euro pro Person.

Aktionen des zivilen Ungehorsams gehören seit Jahrzehnten zu einem wichtigen Bestandteil der bundesdeutschen Streitkultur und bilden einen wichtigen Bestandteil von Konfliktlösungen. Schauen Sie auf den Konflikt um die Nutzung der Atomkraftwerke. Da spielten Aktionen des zivilen Ungehorsams rund um Gorleben immer wieder eine wichtige Rolle, um das Thema in die breite Diskussion zu führen und zu adressieren.

Aus meiner Sicht eskaliert RWE im Streit um die Nutzung von Kohlekraftwerken in nicht akzeptabler Art und Weise die Auseinandersetzungen und Diskussionen in diesem Bereich durch die Kriminalisierung von Bürgerinnen und Bürgern. Durch Aktionen wie z.B. die des zivilen Ungehorsams wird die Versorgungssicherheit mit Strom in der Bundesrepublik nicht gefährdet.

Wir fordern RWE auf:

- 1) keine Unterlassungserklärungen mehr einzufordern;
- 2) erzwungene Unterlassungserklärungen zu annullieren;
- 3) die strafrechtlichen Klagen gegen alle an der Aktion "Ende Gelände" im Sommer 2015 Beteiligten sofort zurückzuziehen.

Die nur sehr langsam regelbaren Kohlekraftwerke blockieren den Umbau der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien. Setzen Sie auf die Zukunft, auf dezentrale erneuerbare Energien. Sie können das!

Abschließend möchte ich noch ein paar Fragen an den RWE-Vorstand stellen:

RWE speichert Daten über vermeintlichen BraunkohlegegnerInnen:

- a) Welche personenbezogenen Daten speichert RWE zu den vermeintlichen BraunkohlegegnerInnen?
- b) Woher stammen diese Daten?
- c) Wurden diese Daten an andere Stellen übermittelt? Wenn ja, an welche?